

Lohnunterschiede nehmen ab

SCHWEIZ sda. Im Jahr 2012 verdienten Frauen in der Privatwirtschaft im Schnitt 21,3 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen. Das zeigt die neue Lohnstrukturerhebung des Bundesamts für Statistik (BFS). 2008 hatte der Lohnunterschied noch 25,5 Prozent betragen.

Die Lohnungleichheit lasse sich zwar teilweise durch strukturelle Faktoren erklären, wie etwa durch Unterschiede im Bildungsstand, in der Anzahl Dienstjahre oder in der ausgeübten Kaderfunktion innerhalb des Unternehmens, schreiben die Statistiker des Bundes in einer Mitteilung gestern.

Dennoch blieben 40,9 Prozent der Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern im privaten Sektor unerklärt. Insbesondere lasse sich feststellen, dass die Lohndifferenz zwischen Frauen und Männern umso grösser sei, je höher die Kaderfunktion sei, heisst es weiter.

Kuoni schreibt rote Zahlen

TOURISMUS sda. Kuoni hat im ersten Halbjahr wegen der Veräusserung des Reiseveranstaltergeschäftes erwartungsgemäss einen Verlust geschrieben. Aber auch bei den fortgeführten Aktivitäten musste der Reisekonzern Rückschläge hinnehmen.

Kuoni hat im ersten Halbjahr einen Verlust von 172,1 Millionen Franken erzielt. Das bereits verkaufte Geschäft mit den Reisebüros belastete dabei das Ergebnis mit 178 Millionen Franken, wie Kuoni gestern mitteilte.

Mit einem Gewinn von 5,9 Millionen Franken konnte sich der Reisekonzern jedoch auch bei den fortgeführten Aktivitäten nicht steigern. Im Gegenteil: Im Vergleich zum ersten Halbjahr 2014 fiel deren Gewinn fast 80 Prozent tiefer aus.

Beim Gruppenreisegeschäft litt der Reisekonzern unter einer rückläufigen Nachfrage in Japan und unter dem starken Franken. Insgesamt reduzierte sich der Umsatz in diesem Bereich um 12 Prozent auf 502,3 Millionen.

Standort Luzern wird gestärkt

STAHLKONZERN Schmolz+Bickenbach verlagert mehrere Dutzend Stellen von Deutschland nach Luzern. Die Holding bezieht ein neues Verwaltungsgebäude im Tribtschenquartier.

HANS-PETER HOEREN
hans-peter.hoeren@luzernerzeitung.ch

Anfang Oktober soll es so weit sein: Dann will der Stahlkonzern Schmolz+Bickenbach im Luzerner Tribtschenquartier sein neues Verwaltungsgebäude beziehen. CEO Clemens Iller wird dort sein Büro haben. Ebenso Verwaltungsratspräsident Edwin Eichler. Rund 50 Personen werden in dem Gebäude an der Landenbergstrasse 11 arbeiten. Bis Ende Jahr werden dazu mehrere Dutzend Verwaltungs- und Stabsstellen von Deutschland nach Luzern verlegt. Der Schweizer Standort wird deutlich aufgewertet. Der Verwaltungssitz des Konzerns mit seinen weltweit rund 9000 Beschäftigten ist nicht mehr Düsseldorf, sondern Luzern. «Der Kanton Luzern ist das Führungszentrum des Konzerns, hier werden alle wichtigen Entscheidungen getroffen», stellte CEO Clemens Iller (55) gestern auf Anfrage klar.

Langfristiger Mietvertrag

Am Firmensitz in Emmenbrücke habe der Platz nicht ausgereicht, um die Mitarbeiter aus der Verwaltung und dem Stab unterzubringen. Man habe auch eine Liegenschaft in Rotkreuz evaluiert, letztlich habe sich das Bürogebäude in Luzern aber als die geeignetste Lösung erwiesen. Auch, weil dieses sehr verkehrsgünstig liege und zu Fuss vom Bahnhof aus gut erreichbar sei. «Zudem sind wir unglaublich positiv von der lokalen Politik und der Wirtschaftsförderung in Luzern bei unserer Suche unterstützt worden», erklärte Iller. Der Stahlkonzern hat für das Bürogebäude im Tribtschenquartier einen langfristigen Mietvertrag unterzeichnet und gemäss dem CEO einen grösseren Betrag in den Ausbau der Büros investiert.

Bis auf wenige Ausnahmen werden künftig alle Funktionen der Konzernholding in Luzern angesiedelt sein. Dazu



Der Stahlkonzern Schmolz+Bickenbach verlagert Stellen ins Tribtschenquartier in Luzern. Im Bild: Ein Mitarbeiter des Konzerns in der Produktion in Emmenbrücke.

Bild Pius Amrein

zählen unter anderem die Bereiche Personal, Finanzen, Informatik, Controlling und Unternehmensentwicklung.

Emmenbrücke bleibt Holdingsitz

Aber auch neu geschaffene Funktionen für die gesamte Gruppe, wie beispielsweise der Bereich Technical Coordination, werden in Luzern künftig zu Hause zu sein. Letzterer soll die Investitionen in Anlagen und Prozessoptimierungen gruppenweit koordinieren und gewährleisten, dass Investitionen nur einmal getätigt werden und für die gesamte Gruppe nutzbar sind. Ausser-

dem stellt der Bereich den internen Know-how-Transfer sicher und steuert die Aktivitäten im Bereich Forschung und Entwicklung.

Holdingsitz des Konzerns werde aber Emmenbrücke bleiben, versichert Clemens Iller. «Der Umzug hat keine Auswirkungen auf den Standort Emmenbrücke», sagt Iller. Dort sind auch die Swiss Steel und die Steeltec mit ihrem Stahl- und ihrem Walzwerk beheimatet. Diese beschäftigen in Emmenbrücke über 700 Mitarbeiter. Bisher hatten dort auch der CEO und der Verwaltungsratspräsident ihre Büros. In die frei werden-

den Büros im Verwaltungsgebäude des Konzerns in Emmenbrücke werden zum Teil Mitarbeiter aus der Administration von Swiss Steel einziehen, die momentan noch nicht in nahe beieinanderliegenden Büros sitzen. Dadurch werde auch hier die Effizienz gesteigert.

Dass das Entscheidungszentrum des Konzerns in der Schweiz ist, unterstreichen auch der deutsche CEO Clemens Iller und der deutsche Verwaltungsratspräsident Edwin Eichler mit der Wahl ihres Wohnortes. Iller hat seinen Hauptwohnsitz in Meggen, Eichler wohnt ebenfalls im Kanton Luzern.

Ein islamisches Finanzsystem und die Schweizer Banken

Hawala ist ein islamisches Finanzsystem, das aus dem 8. Jahrhundert stammt und ohne grosse Infrastruktur Geldüberweisungen ohne buchhalterische Spuren zulässt. Hawala funktioniert wie folgt:

Zur Einleitung einer Hawala-Transaktion trifft sich ein Kunde, der einen Geldbetrag überweisen möchte, mit seinem lokal ansässigen Hawala-Intermediär. Er teilt diesem den Zahlungsort, den Auszahlungszeitpunkt und den auszahlenden Betrag mit.

«Es geht um riesige Geldmengen, oft sind Drogen- und/oder Korruptionsgelder involviert.»

Der Intermediär nimmt den Betrag zuzüglich einer Bearbeitungspauschale in bar entgegen und teilt dem Kunden einen Code mit. Der Intermediär übermittelt seinem Partner im betreffenden Zielgebiet den Code und den damit verbundenen Zahlungsbetrag. Mit der Übergabe dieser Informationen ist die Finanztransaktion für den Hawala-Intermediär im Ausgangsgebiet abgeschlossen. Der Kunde teilt dem Geldempfänger den Code mit. Im Zielgebiet wird dieser den dortigen Hawala-Intermediär aufsuchen, den Code nennen

und den Betrag entgegennehmen.

Das System funktioniert unabhängig von formalen Rechtsordnungen und kann seine Leistungsfähigkeit ohne Schranken entfalten.

Über Banken wird der Mechanismus in illegaler Weise auch praktiziert, und zwar im Rahmen von transnationalen Kompensationsgeschäften, mit denen unversteuerte Bargelder aus dem Ausland ohne «Paper Trail» auf Konten von Auslandskunden in der Schweiz transferiert werden. Es geht dabei um riesige Geldmengen, die auf diese Art in die Schweiz gelangen, und oft sind Drogen- und/oder Korruptionsgelder involviert. Nicht selten kommt es zur Kompensation von Korruptionsgeldern mit unversteuerten Geldern.

Wenn man weiss, dass Italien als das korrupteste Land Europas gilt und Griechenland dem wenig hinterherhinkt, erkennt man,

dass man nicht in die Ferne schweifen muss – das alles liegt sehr nah.

So berichtete die Presse, dass die Bundesanwaltschaft, die im bisher grössten griechischen Korruptionsfall ermittelt, 35 Millionen Franken mutmassliche Korruptionsgelder beschlagnahmt und dabei auf 20 Millionen Franken von Steuerhinterziehern stiess. Der Fall betrifft den ehemaligen griechischen Verteidigungsminister

Akis Tsochatzopoulos, der 2013 in Griechenland zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Er war von 1999 bis 2001 Chef des Verteidigungsministeriums und verantwortlich für den Kauf von Rüstungsgütern für mehrere Milliarden Franken.

Es sollen Bestechungsgelder von Rüstungskonzernen auf Schweizer Bankkonten geflossen sein und mit ihnen als Kompensationsgeschäfte

Steuerhinterziehungsgelder aus Griechenland. Ein Verrechnungsgeschäft, wie es auch von Peso-Brokern für die südamerikanische Drogenmafia praktiziert wird. Bezüglich Erlösen aus dem Drogenhandel in Mexiko hat man festgestellt, dass wegen der strengeren Regulierung des Bankensystems Dro-

AUSSICHTEN

genhändler auf andere Wege ausweichen. Der «Black-Market Peso Broker» (Schwarzmarkt-Peso-Händler) kontaktiert mexikanische Importeure, welche Waren in den USA kaufen möchten. Er sucht dann eine Drogenbande in den USA, welche die Rechnung für den mexikanischen Importeur in den USA bezahlt mit Erlösen aus dem Drogenhandel (in US-Dollars). Der Importeur bezahlt den Broker in Peso, der Broker nimmt seinen Anteil und gibt den Rest der Drogenbande in Mexiko.

Im Fall Griechenland funktionierte es so («NZZ am Sonntag» vom 8. März 2015): «Die Rüstungskonzerne (...) zahlten Bestechungsgelder – getarnt als Beraterhonorare – auf Konten von Treuhänderfirmen bei Schweizer Banken. Von dort wurden die Gelder (...) weiterverworfen, bis sie zuletzt auf den Konten reicher Griechen (meine Anmerkung: auf Konten bei Schweizer Banken in der Schweiz) landeten. Diese lebten in Griechenland und waren jetzt plötzlich Inhaber von Konten mit unversteuerten Schwarzgeldern in der

Schweiz (...). In der gleichen Zeit übergaben die reichen Griechen die Beträge, die ihren Konten in der Schweiz gutgeschrieben worden waren, in bar an die Treuhänderfirmen in Griechenland. Diese leiteten sie schliesslich an die bestochenen Personen in Griechenland weiter.»

Das Korruptionsgeld war nie in bar in der Schweiz und nie auf einem Konto in Griechenland. Es gibt keine grenzüberschreitenden Banktransaktionen zwischen dem Land, das die Rüstungsgüter liefert, und dem Bestimmungsland der Korruptionsgelder. Und jeder hatte dank dieses Kompensationsgeschäftes, was er wollte.

Es stellt sich die Frage, wie die Banken mit ihren Sorgfaltspflichten umgegangen sind. Es geht darum, dass der wirtschaftliche Hintergrund von Transaktionen zu hinterfragen ist. Handelt es sich um feststellbare Organisationsmängel, riskieren Banken seit Oktober 2003, sich strafbar zu machen (Geldwäscherei und Korruption). Dass in der Rüstungsindustrie Korruption endemisch ist, weiss man; dass vielfach Scheinberatungsverträge Grundlage für die Zahlung von Korruptionsgeldern sind, ist auch nicht neu, und ebenso wenig, dass solche Kompensationsgeschäfte häufig einen deliktischen Hintergrund haben und damit ein hohes Geldwäschereirisiko mit sich bringen.

HINWEIS

Monika Roth (63) ist Professorin für Compliance und Finanzmarktaufsicht an der Hochschule Luzern – Wirtschaft.